Zukunft
Soziale Marktwirtschaft

BertelsmannStiftung

Policy Brief # 2015/05

Brexit – Mögliche wirtschaftliche Folgen eines britischen EU-Austritts

Falls das Vereinigte Königreich (UK) die EU im Jahr 2018 verlassen sollte, würde dies die Exporte des Landes reduzieren und Importe verteuern. Je nach Ausmaß der handelspolitischen Abschottung wäre das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in UK im Jahr 2030 zwischen 0,6 und 3,0 Prozent geringer als bei einem Verbleib in der EU. Werden die dynamischen Effekte berücksichtigt, die die wirtschaftliche Integration auf das Investitions- und Innovationsverhalten hat, könnten die BIP-Einbußen auf bis zu 14 Prozent steigen. Hinzu kommen nicht absehbare politische Nachteile für die EU. Ein Brexit sollte aus unserer Sicht daher vermieden werden.

Dr. Ulrich Schoof
Programm „Nachhaltig Wirtschaften"

Telefon:
+49 5241 81-81384
E-Mail:
ulrich.schoof@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Programm „Nachhaltig Wirtschaften"

Telefon:
+49 5241 81-81218
E-Mail:
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Rahel Aichele
ifo Institut München

Telefon:
+49 89 9442-1275
E-Mail:
aichele@ifo.de

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
ifo Institut München

Telefon:
+49 89 9442-1428
E-Mail:
felbermayr@ifo.de

Fokus

Veränderung des realen BIP je Einwohner im Jahr 2030 in ausgewählten Ländern bei verschiedenen Brexit–Szenarien im Vergleich zum BIP je Einwohner bei einem Verbleib des UK in der EU

	Sanfter Ausstieg	Isolierung UK
UK	–0,63 %	–2,98 %
Irland	–0,82 %	–2,66 %
Luxemburg	–0,48 %	–0,80 %
Belgien	–0,20 %	–0,96 %
Schweden	–0,13 %	–0,48 %
Niederlande	–0,10 %	–0,35 %
Deutschland	–0,08 %	–0,33 %
Spanien	–0,08 %	–0,32 %
Frankreich	–0,06 %	–0,27 %
Österreich	–0,05 %	–0,18 %
EU-27 (ohne UK)	–0,10 %	–0,36 %
Welt	–0,06 %	–0,25 %

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts

BertelsmannStiftung

Je nach Ausmaß der handelspolitischen Abschottung infolge eines Brexit fallen die Wohlfahrtsverluste für die restlichen EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich aus. In Deutschland beispielsweise wäre das reale BIP je Einwohner wegen der nachlassenden Handelsaktivitäten im Jahr 2030 schätzungsweise zwischen 0,1 und 0,3 Prozent geringer als ohne einen Brexit. Zusätzlich zu diesen statischen Wohlfahrtseffekten kommen noch dynamische Effekte hinzu, die in Deutschland zu BIP-Einbußen von bis zu zwei Prozent führen können.

Seit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs (UK) zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1973 ist das Verhältnis der Briten zum übrigen Europa bzw. zur Europäischen Union (EU) angespannt und kritisch bis distanziert. Bereits 1975 gab es ein Referendum über den Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft. 1984 erwirkte die damalige Premierministerin Margaret Thatcher mit den mittlerweile legendären Worten „I want my money back!“ einen Rabatt für die britischen Beiträge an den EU-Haushalt (vgl. Freund und Schwarzer 2011), den die EU nach wie vor gewährt. Das Schengener Abkommen, das 1995 in Kraft gesetzt wurde und die Abschaffung der Passkontrollen an den Grenzen zwischen den beteiligten EU-Ländern beinhaltet, hat das UK bis heute nicht unterzeichnet.

Die in den Medien häufig verwendete Abkürzung »Brexit« (ein Kunstwort aus „Britain“ und „Exit“) ist insofern irreführend, als dass nicht „Britain“ oder Großbritannien, sondern das Vereinigte Königreich (zu dem neben England, Schottland und Wales auch Nordirland gehört) aus der EU austreten würde. Der geographische Begriff der britischen Inseln umfasst auch die irische Insel und mithin Irland, dessen Austritt aus der EU nicht zur Debatte steht. In diesem Text werden die Begriffe UK und britisch synonym verwendet, d. h. mit dem britischen BIP ist das BIP des Vereinigten Königreichs (UK) gemeint.

Das UK ist beileibe nicht das einzige Land, in dem es EU-kritische Stimmen gibt. Parteien in anderen Mitgliedstaaten wie beispielsweise „Die (wahren) Finnen“, die „Alternative für Deutschland“, die italienische „Lega Nord“ oder die „Partij voor de Vrijheid“ sind EU-skeptische Bewegungen, die an Zulauf gewinnen (vgl. Peters 2014: 10). Für eine ablehnende Haltung gegenüber der EU gibt es unterschiedliche Gründe. Zu den wichtigsten gehören die Angst vor einem Verlust der nationalen Identität und der staatlichen Souveränität, die Befürchtung einer Überregulierung seitens der EU sowie hohe Nettozahlungen an die Gemeinschaft. Eine hohe Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten inklusive des Verlusts der eigenen Kultur, eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit und einer Überforderung der sozialen Sicherungssysteme führt ebenfalls zu Ängsten in der Bevölkerung. Zudem wird bezweifelt, dass sich aus der Mitgliedschaft in der EU überhaupt irgendwelche Vorteile für das eigene Land ergeben (vgl. Beichelt 2010 und Peters 2014).

Zweifel an den Vorteilen eines gemeinsamen Europas sind also keine britische Besonderheit. Allerdings stößt die EU im UK auf die größte Skepsis. Ende 2014 führte das Marktforschungsnetzwerk WIN/Gallup International in elf EU-Staaten eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durch und erhob u. a., wie sich die Bürger in einem Referendum ihres Landes über den Verbleib in der EU entscheiden würden. 64 Prozent aller Befragten der elf EU-Länder sprachen sich für einen Verbleib aus. In zehn Ländern überwog der Wunsch nach einer Fortführung der EU-Mitgliedschaft. In Deutschland lag die Zustimmung bei 73 Prozent. Lediglich im UK sprach sich eine knappe Mehrheit von 51 Prozent für einen EU-Austritt aus (vgl. Euractiv.de 2015).

Angesichts dieser kritischen Grundhaltung überrascht es nicht, dass im UK bereits seit geraumer Zeit über ein erneutes EU-Referendum diskutiert wird. Der britische Premierminister David Cameron kündigte im Januar 2013 an, dass er im Falle seiner Wiederwahl ein entsprechendes Referendum durchführen lassen wolle (vgl. The Conservative Party Manifesto 2015: 72).

1. Ökonomische Auswirkungen eines Brexit auf das UK

Die Frage, ob ein britischer Austritt aus der EU das wirtschaftliche Wachstum und das durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessene Realeinkommen des Landes steigert oder senkt, ist umstritten. Es gibt eine Reihe von Studien, die sich mit den wirtschaftlichen Vor- und Nachteilen der EU-Mitgliedschaft beschäftigen, und dabei unterschiedliche Ergebnisse hervorbringen. So kommt eine Studie des Brüssel-kritischen Think Tanks „Open Europe" zu folgender Einschätzung: Sollte es am 1. Januar 2018 zu einem britischen EU-Austritt kommen, wäre das BIP im Jahr 2030 im ungünstigsten Szenario 2,2 Prozent geringer als im Fall eines Verbleibs in der EU. Im günstigsten Fall wäre sogar ein um rund 1,6 Prozent höheres BIP möglich. Die politisch realistische Bandbreite der Wachstumseffekte eines EU-Austritts liegt zwischen einem um 0,6 Prozent höheren BIP und einem um 0,8 Prozent niedrigeren BIP (vgl. Persson et al 2015: 2). Eine Studie des „Center for Financial Studies" berechnet selbst unter optimistischen Annahmen einen Wohlstandsverlust für das UK. Danach liegen die realen BIP-Einbußen – unter Berücksichtigung der gesparten Zahlungen an den EU-Haushalt – zwischen 1,1 und 3,1 Prozent. Werden darüber hinaus auch noch dynamische Effekte berücksichtigt, also ein geringes Produktivitätswachstum infolge eines EU-Austritts, so sind sogar Einkommenseinbußen in Höhe von 6,3 bis 9,5 Prozent denkbar (vgl. Ottaviano et al. 2014: 8–11).

Das Problem besteht darin, dass die Resultate von Simulationsrechnungen maßgeblich von den Annahmen darüber abhängen, wie das UK nach einem Brexit seine Beziehungen zu den verbleibenden EU-Staaten und zu den anderen Handelspartnern neu ordnet. Ein Austritt aus der EU kann weitreichende Konsequenzen haben: Die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes (freier Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr mit den anderen EU-Mitgliedern) würden nicht mehr gelten. Die Handelsverträge der EU – zurzeit handelt es sich dabei um 38 aktive Abkommen, zudem befinden sich zwölf Abkommen im Verhandlungsprozess – wären ungültig. Viele Politikbereiche, die zumindest teilweise in die Kompetenz der EU fallen, müssten neu reguliert werden. Daher gibt es sehr große Unsicherheiten hinsichtlich der (völker)rechtlichen Folgen eines Austritts des Landes aus der EU.

Eine Quantifizierung der wirtschaftlichen Effekte dieses Austritts ist somit nur annäherungsweise möglich und stark annahmegetrieben. Um diese Unsicherheiten abzubilden, stellen wir im Folgenden drei Szenarien vor, deren Auswirkungen auf die Entwicklung des BIP das ifo Institut mit verschiedenen ökonometrischen Berechnungen geschätzt hat. Anders als in den bereits genannten Studien werden dabei auch die Folgen für den Rest der Welt und für Deutschland berechnet. In allen drei Szenarien verliert das UK seine momentanen Handelsprivilegien gegenüber der EU:

1. Im – aus britischer Sicht – günstigsten Fall (»sanfter Ausstieg«) erhält das UK einen ähnlichen Status wie die Schweiz oder Norwegen und hat somit ein Handelsabkommen mit der EU. Es gibt daher zwar nicht-tarifäre Handelshemmnisse, aber keine Zölle.

2. Im zweitgünstigsten Szenario (»tiefer Schnitt«) besteht dieses Handelsabkommen nicht. Daher kommt es sowohl zu höheren nicht-tarifären Handels-

hemmnissen als auch zu Zöllen im Handel zwischen dem UK und der EU. Diese Zölle erreichen das Niveau, das in den Außenhandelsbeziehungen zwischen der EU und den USA gilt.

3. Im ungünstigsten Szenario (»Isolierung des UK«) verliert das Land darüber hinaus sämtliche Privilegien, die sich aus den 38 existierenden Handelsabkommen der EU mit anderen Ländern ergeben. Zwar könnte das UK durch eigenständige Verhandlungen neue Handelsabkommen schließen. Dies ist aber ein langwieriger Prozess. Zudem dürfte die britische Verhandlungsmacht gegenüber Drittstaaten geringer sein als die der EU insgesamt.

In allen diesen Szenarien kommt es zu einem Anstieg der Kosten britischer Exporte sowie zu einer Verteuerung importierter Produkte. Exportrückgänge und steigende Preise haben zur Folge, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten zurückgehen und das reale BIP niedriger ist, als es sonst wäre.

Neben diesen wirtschaftlichen Nachteilen ist zu berücksichtigen, dass die jährlichen Zahlungen an den EU-Haushalt entfallen. Im Jahr 2013 lag der Nettobetrag, den das UK an die EU zahlte, bei rund 8,64 Milliarden Euro bzw. rund 0,5 Prozent der durch das BIP gemessenen britischen Wirtschaftskraft. Die Einsparung dieser Zahlungen würde den wichtigsten monetären Vorteil eines Brexit für das UK darstellen.

2. EU-Austritt schadet dem britischen Wirtschaftswachstum

Das UK ist mit der EU wirtschaftlich eng verflochten. Mittlerweile gehen mehr als 50 Prozent der britischen Exporte an EU-Mitgliedstaaten. Auch die Importe des Landes stammen zu über 50 Prozent aus der EU. Mitte der 1960er Jahre lagen beide Anteile noch deutlich unter 40 Prozent.

Der Begriff „Einkommensverlust“ bzw. „BIP-Einbuße“ bezeichnet die in Prozenten ausgedrückte Differenz zwischen dem im Basisjahr (2014) tatsächlich beobachteten realen BIP und dem entsprechenden simulierten („kontrafaktischen“) Wert für eine Situation, in der das UK kein Mitglied der EU ist. Handelspolitische Maßnahmen entfalten ihre volle Wirkung erfahrungsgemäß erst zehn bis zwölf Jahre nach ihrer Einführung. Wenn der Brexit im Jahr 2018 erfolgen sollte, so würden sich die ausgewiesenen Effekte auf das Jahr 2030 beziehen.

Ein Austritt aus der EU würde die bilateralen Handelsaktivitäten zwischen der EU und dem UK verringern.

Das konkrete Ausmaß der damit verbundenen Veränderungen der Realeinkommen ist für ausgewählte Länder in der Fokusgrafik (S. 1) ausgewiesen. Je nach Ausmaß der angenommenen handelspolitischen Abschottung liegen die Realeinkommensverluste für die britische Volkswirtschaft zwischen 0,6 und drei Prozent. Einzelne Branchen werden dabei unterschiedlich hart getroffen. Insbesondere die Sektoren Chemie, Maschinenbau und die Kfz-Branche, die besonders stark in die europäischen Wertschöpfungsketten eingebunden sind, müssten hohe Wertschöpfungseinbußen hinnehmen. Der größte Rückgang wird dabei mit fast elf Prozent für den Bereich Chemie berechnet. Für den ungleich be-

deutenderen Bereich der Finanzdienstleistungen liegen die erwarteten Wertschöpfungseinbußen im ungünstigsten Szenario bei knapp fünf Prozent.

Die oben aufgeführten Einkommensverluste resultieren ausschließlich aus dem geringeren Handelsniveau infolge eines Brexit. Neben diesen statischen Effekten sind jedoch auch noch dynamische Effekte zu berücksichtigen. Zu den beiden wichtigsten zählen die folgenden Aspekte:

1. Nachlassende grenzüberschreitende Handelsaktivitäten haben einen negativen Einfluss auf die Produktivitätsentwicklung eines Landes: Wenn der internationale Wettbewerbsdruck zurückgeht, verringert sich für die heimischen Unternehmen die Notwendigkeit, über Investitionen und Innovationen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Damit lässt das Produktivitätswachstum nach. Studien zufolge, die den Einfluss einer sinkenden Handelsoffenheit auf das langfristige reale BIP schätzen (Freyer 2009 und Felbermayr/Gröschl 2013), kann der Brexit dazu führen, dass das britische reale BIP je Einwohner langfristig um zwei Prozent (»sanfter Ausstieg«) bis 14 Prozent (»Isolierung des UK«) unter dem Wert liegen würde, der sich im Fall eines Verbleibs in der EU ergeben würde.

2. Die EU befindet sich mit einer Reihe von Ländern in Verhandlungen zu bilateralen Freihandelsabkommen, die zum Teil kurz vor der Ratifizierung stehen (Kanada, USA, Japan, Singapur, Indien etc.). Von der damit einhergehenden stärkeren Handelsintegration erwartet die EU positive Wachstumsimpulse. Bei einem Austritt aus der EU würden dem UK diese Impulse entgehen. Die damit verbundenen langfristigen BIP-Einbußen liegen zwischen 1,4 Prozent im Fall eines »sanften Ausstiegs« und 7,5 Prozent im Szenario eines »tiefen Schnitts«.

3. Ökonomische Auswirkungen des Brexit für Deutschland und Europa

Wenn die britische Wirtschaft infolge eines Austritts aus der EU schwächer wächst, hat dies auch für die Handelspartner wirtschaftliche Folgen. Ein geringeres Realeinkommen führt zu einer nachlassenden Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Für die Handelspartner bedeutet dies weniger Exporte und damit eine geringere Produktion. Im Vergleich zu den wirtschaftlichen Nachteilen für das UK fallen die BIP-Einbußen für den Rest der Welt jedoch moderat aus. In Deutschland würden die Auswirkungen der nachlassenden Handelsaktivitäten (statische Effekte, S. 1) mit einem im Jahr 2030 um 0,1 bis 0,3 Prozent niedrigeren realen BIP je Einwohner relativ gering ausfallen. Einzelne Branchen wären wiederum unterschiedlich betroffen. Der größte Rückgang der sektoralen Wertschöpfung würde in der Kfz-Branche mit einem Rückgang um bis zu zwei Prozent anfallen. Neben der Kfz-Branche müssten auch die Elektronikbranche, die Metallerzeugung, und die Lebensmittelbranche mit negativen Einschnitten rechnen.

Für die gesamte verbleibende EU-27 (ohne UK) liegt der erwartete Rückgang des realen BIP je Einwohner infolge geringerer Handelsaktivitäten mit dem UK zwischen 0,1 Prozent bei einem sanften Brexit und knapp 0,4 Prozent im Falle einer Isolierung des UK, wobei regionale Unterschiede auftreten (siehe S.1). Besonders stark würde Irland mit Realeinkommenseinbußen von zwischen 0,8 bis knapp 2,7 Prozent leiden. Weitere Länder mit überdurchschnittlich hohen BIP-Einbußen sind Luxemburg,

Belgien und Schweden.

Werden die dynamischen Effekte eines Brexit berücksichtigt, fallen die Auswirkungen größer aus: Je nach Szenario und zugrunde gelegten ökonometrischen Schätzungen läge das langfristige reale BIP je Einwohner in Deutschland bei einem Brexit um 0,3 bis zwei Prozent unter dem Wert, der sich im Falle eines britischen Verbleibs in der EU ergäbe.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass nach einem Brexit die verbleibenden EU-Mitgliedstaaten die fehlenden britischen Beiträge zum EU-Haushalt kompensieren müssten. Für Deutschland dürften die dadurch entstehenden zusätzlichen jährlichen Ausgaben gegenwärtig bei rund 2,5 Milliarden Euro brutto liegen. Frankreich müsste knapp 1,9 Milliarden Euro zusätzlich zahlen, Italien fast 1,4 Milliarden Euro und Spanien rund 0,9 Milliarden Euro (siehe Abb. 1).

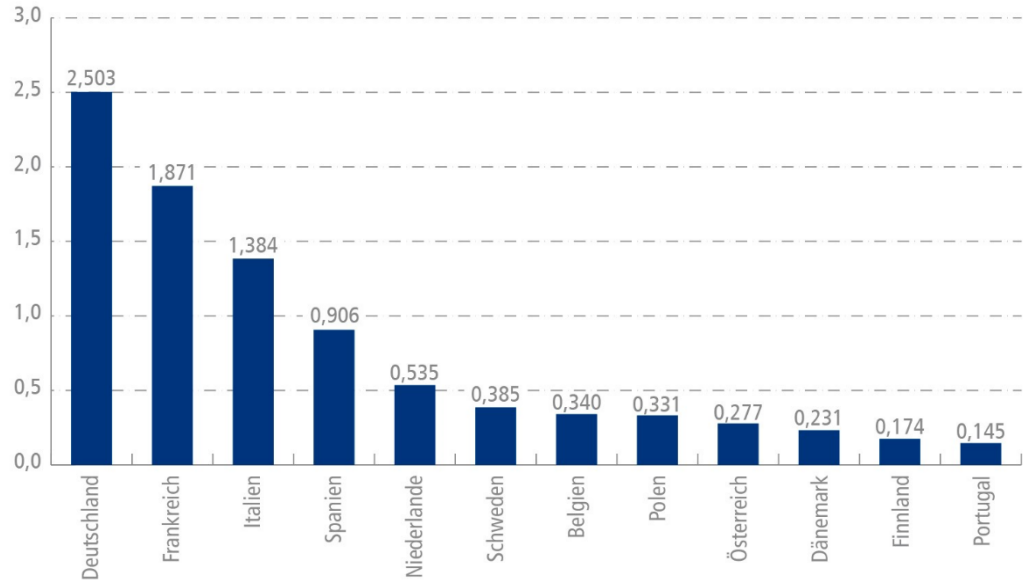
4. Einschätzung und Ausblick

Die hier präsentierten Schätzungen zu den Kosten eines Austritts des UK aus der EU sind mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Niemand weiß, wie die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem UK und dem Rest der EU aussehen würden, sollte das UK die EU verlassen. Fest steht jedoch, dass die Integration des UK in die Weltwirtschaft damit zurückgehen und dass diese Desintegration das britische Wirtschaftswachstum reduzieren würde. Diesen Wohlfahrtsverlusten stehen zwar Einsparungen in Form der nicht mehr zu leistenden Beiträge zum EU-Haushalt entgegen.

Allerdings sind nach den hier vorgelegten Berechnungen selbst im aus britischer Sicht günstigsten Szenario (sanfter Ausstieg mit ausschließlich statistischen Effekten) die zu erwartenden BIP-Einbußen in

Abb. 1: Zusätzliche Bruttozahlungen an den EU-Haushalt ausgewählter Länder nach einem Brexit

Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts auf Basis der Daten der Europäischen Kommission.

BertelsmannStiftung

Höhe von rund 0,6 Prozent des BIP höher als die gesparten Nettozahlungen an den EU-Haushalt in Höhe von rund 0,5 Prozent des BIP. Selbst in diesem Fall wäre ein Brexit eindeutig ein wirtschaftliches Verlustgeschäft für das UK. Bei einer stärkeren wirtschaftlichen Abschottung und unter Berücksichtigung dynamischer Effekte (nachlassende Produktivitätsentwicklung infolge eines geringeren Wettbewerbsdrucks, nachlassende Investitionen infolge einer geringeren Kapitalverkehrsfreizügigkeit) fielen die BIP-Einbußen wesentlich höher aus. Im schlechtesten Fall könnte das britische reale BIP je Einwohner im Jahr 2030 bis zu 14 Prozent unter dem Wert liegen, der im Fall eines Verbleibs in der EU zu erwarten wäre. Auch wenn eine solch starke Isolation unserer Ansicht politisch nicht sehr wahrscheinlich ist, zeigt dieser theoretisch denkbare Wert, wie stark die wirtschaftliche Entwicklung des UK nach einem Brexit vom handelspolitischen Wohlwollen der EU abhängt. Die entgangenen Wachstumseffekte zukünftiger EU-Freihandelsabkommen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Die Schwächung der britischen Volkswirtschaft bleibt nicht ohne Folgen für die übrigen EU-Länder. Auch wenn die realen Einkommenseinbußen dort unter den UK-Werten liegen, entstünden Kosten in Form eines geringen BIP-Wachstums und der erforderlichen Kompensation der britischen Beiträge zum EU-Haushalt.

Jenseits der rein ökonomischen Betrachtung sind die politischen Nachteile zu berücksichtigen. Ein Brexit wäre ein deutlicher Rückschlag für die europäische Integration und hätte unweigerlich eine Schwächung der EU zur Folge.

Wir sind daher der festen Überzeugung, dass ein britischer Austritt aus der EU in der Kombination von wirtschaftlichen und politischen Nachteilen für alle Beteiligten überaus schädlich wäre und daher verhindert werden sollte.

Literatur

- Beichelt, T. EU-Skepsis als Aneignung europäischer Politik. Berliner Debatte Initial (21) 2 2010. 3–16.
- Euractiv.de. „Nur Briten sind mehrheitlich für EU-Austritt“. Umfrage. 18.1.2015. www.euractiv.de/sections/europawahlen-2014/umfrage-nur-briten-sind-mehrheitlich-fuer-eu-austritt-311136. Download am 10.4.2015.
- Felbermayr, G., und Gröschl, J. “Natural Disasters and the Effect of Trade on Income: A New Panel IV Approach”. European Economic Review (58) 2013. 18–30.
- Freund, M., und Schwarzer, J. „Die britische Diva“. Handelsblatt online 12.12.2011. www.handelsblatt.com/politik/international/sonderwuensche-aus-london-die-britische-diva/5949160.html. Download am 13.4.2015.
- Freyer, J. “Trade and Income – Exploiting Time Series in Geography”. NBER Working Paper 14910. Cambridge, MA 2009.
- Ottaviano, G. et al, “The Costs and Benefits of Leaving the EU”. CFS Working Paper Series No. 472. Frankfurt am Main 2014.
- Persson, M. et al. “What if …? The Consequences, challenges & opportunities facing Britain outside EU”. Open Europe Report 3/2015. London, Brüssel und Berlin 2015.
- Peters, M. „Demokratie durch Kritik: Wider die EU-Skepsis“. Aus Politik und Zeitgeschichte (64) 12/2014. 17.3.2014. 37–41.
- The Conservative Party Manifesto 2015. www.conservativehome.com/wp-content/uploads/2015/04/ConservativeManifesto2015.pdf. Download am 21.4.2015.

Policy Brief 2015/03: Lohnungleichheit in Deutschland – Welche Rolle spielt der Handel?

Seit Mitte der 90er Jahre nimmt die Lohnungleichheit in Deutschland deutlich zu. Eine häufig genannte Ursache dafür ist die Intensivierung der internationalen Handelsbeziehungen. Tatsächlich aber zeigt eine empirische Untersuchung, dass der Handel direkt nur rund 15 Prozent des Anstiegs der Lohnungleichheit in Deutschland erklären kann. Bedeutsamer ist die zunehmende Firmenheterogenität in Deutschland. Betriebsspezifischer Treiber der Lohnungleichheit ist dabei vor allem der Rückgang der Tarifbindung. Eine höhere Lohngleichheit ist mit protektionistischen Maßnahmen jedoch nicht zu erreichen.

Policy Brief 2015/04: Arbeitsmobilität in Europa: Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichgewichte?

Trotz teils anderer öffentlicher Wahrnehmung bewegt sich die Mobilität in der EU weiterhin auf einem vergleichsweise geringen Niveau. Auch die hohen Arbeitslosenquoten in den EU-Krisenländern haben bisher nur zu relativ geringer Auswanderung in wirtschaftlich stärkere Länder geführt. Der Hauptstrom führt weiterhin von Ost nach West. Als Lehre aus der Krise sollten Kommission und Mitgliedstaaten die vorhandenen Instrumente grenzübergreifender Arbeitsvermittlung optimieren und längerfristige Schritte zur Förderung der Arbeitsmobilität unternehmen.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

ISSN-Nummer: 2191-2459

Demnächst erscheint:

- „Der Bedarf an Flexi- und Teilrenten ist groß – Arbeitsmarkt und Rentensystem besser verzahnen“